

Protokoll 61. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 20. September 2023, 17.00 Uhr bis 20.29 Uhr, im Rathaus Hard
in Zürich-Aussersihl

Vorsitz: Präsidentin Sofia Karakostas (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretariat Simon Kälin-Werth (Grüne)

Anwesend: 119 Mitglieder

Abwesend: Yasmine Bourgeois (FDP), Sandra Gallizzi (EVP), Patrick Hässig (GLP), Thomas Hofstetter (FDP), Serap Kahriman (GLP), Sebastian Vogel (FDP)

Der Rat behandelt aus der von der Präsidentin erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|----------|--|-----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 2. | 2022/151 | RPK, Wahl eines Mitglieds nach Rücktritt von Lisa Diggelmann (SP) für den Rest der Amtsdauer 2022–2026 | |
| 3. | 2023/223 | Geschäftsleitung, Wahl eines Mitglieds nach Rücktritt von Dr. Davy Graf (SP) für den Rest des Amtsjahres 2023/2024 | |
| 4. | 2023/425 | * Weisung vom 06.09.2023:
Kultur, Tram-Museum Zürich, Beiträge 2024–2027 | STP |
| 5. | 2023/427 | * Postulat von Mischa Schiwow (AL) und Michael Schmid (AL)
vom 06.09.2023:
Quartierzentren gemäss kommunalem Richtplan, Verbesserung der Qualität als Orte des Aufenthalts und der Begegnung mit niederschweligen Massnahmen | VTE |
| 6. | 2023/323 | E/A Dringliches Postulat von Florian Utz (SP), Nicolas Cavalli (GLP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 28.06.2023:
Flughafen Zürich AG, Verzicht auf die Finanzierung von Parteien und Abstimmungskämpfen | STP |
| 7. | 2022/447 | A Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Sebastian Zopfi (SVP) vom 14.09.2022:
Wirtschaftsförderung unter der Leitung von privatwirtschaftlichen Fachpersonen | STP |

- | | | | |
|-----|------------|---|-----|
| 9. | 2023/226 | Weisung vom 10.05.2023:
Liegenschaften Stadt Zürich, Baugenossenschaft Im Gut,
Erneuerung Wohnsiedlung Gutstrasse, Baufelder A und D,
Gewährung Baurechte | FV |
| 10. | 2023/235 | Weisung vom 10.05.2023:
Finanzdepartement, Unfallversicherung Stadt Zürich (UVZ),
Genehmigung von Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2022 | FV |
| 11. | 2023/415 A | Dringliches Postulat von Michele Romagnolo (SVP) und
Samuel Balsiger (SVP) vom 30.08.2023:
Auflösung der offenen Drogenszene in der Bäckeranlage | VSI |
| 12. | 2023/269 | Dringliche Interpellation von Islam Alijaj (SP), Dominik Waser
(Grüne) und 1 Mitunterzeichnenden vom 31.05.2023:
Energiezentrale im ehemaligen Unterwerk Selnau, Prüfung
alternativer Standorte, ganzheitliches Konzept für die Energie-
wende und eine lebenswerte Stadt, Beurteilung der bestehen-
den Angebote im Unterwerk und möglicher Planungsstopp
sowie Zusammenarbeit mit der IG Selnau bei der Prüfung von
Alternativen | VIB |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen der Ratspräsidentin werden zur Kenntnis genommen.

2269. 2023/423 Ratsmitglied Nicole Giger (SP); Rücktritt

Die Ratspräsidentin gibt den Rücktritt von Nicole Giger (SP 11) auf den 22. September 2023 bekannt und würdigt ihre Amtstätigkeit.

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

2270. 2023/449 Erklärung der FDP-, GLP-, SVP- und Die Mitte / EVP-Fraktion vom 20.09.2023: Betrugsfall des Quartiervereins Witikon

Namens der FDP-, GLP-, SVP- und Die Mitte / EVP-Fraktion verliest Michael Schmid (FDP) folgende Fraktionserklärung:

Besonnene Reaktion im Betrugsfall des Quartiervereins Witikon gefordert.

Schlussfolgerungen aus dem Betrugsfall Witikon sollen nicht zu vorschnellen Reaktionen mit Auswirkungen auf alle Vereine führen, mit denen die Stadt zusammenarbeitet.

Diesen Frühling bemerkte der Quartierverein Witikon, nach dem unerwarteten Tod des ehemaligen Kassiers, dass die Konten praktisch leer waren. Ein Untersuchungsbericht einer unabhängigen Treuhandgesellschaft bezifferte den Schaden des mutmasslichen Betrugers auf rund CHF 100'000.–. Die Revisoren wurden wohl durch gefälschte Belege jahrelang getäuscht.

Alle Quartiervereine der Stadt (vertreten durch die Quartiervereinskonferenz) nahmen den Vorfall sehr ernst, entschlossen sich Massnahmen zu erarbeiten sowie die eigenen Prozesse zu überprüfen. Als Basis dazu dienten die Anhaltspunkte und allgemein vorgeschlagenen Massnahmen des Untersuchungsberichtes. In Absprache mit der Stadtentwicklung wurde vereinbart, dass man die vorgeschlagenen Massnahmen gemeinsam prüft und kommentiert.

Die Stadtentwicklung ist in den Prozess involviert, da alle 25 Quartiervereine der Stadt, rund CHF 400'000.– jährliche Beiträge erhalten. Die Quartiervereine der Stadt vereinen Tausende von Mitgliedern, veranstalten jährlich Hunderte von Veranstaltungen und sind alle ehrenamtlich organisiert durch engagierte Quartierbewohnerinnen und Quartierbewohner. Für die Überarbeitung der Subventionsverordnung sollte eine gemeinsame Position entwickelt werden. Verschiedene Quartiervereine haben dazu wertvolles und umsichtiges Feedback aufbereitet. Leider wurde der Prozess seitens Stadtentwicklung aus personellen Gründen immer wieder verzögert.

Dass nun die Stadtentwicklung per Brief in Befehlsform, ohne Vorankündigung ein unausgegorenes Potpourri an Massnahmen von allen Quartiervereinen einfordert, verletzt den Grundsatz der vertrauensvollen Zusammenarbeit und greift dem politischen Prozess vor.

So wird beispielsweise die Revision durch eine zugelassene Revisionsstelle nach Revisionsaufsichtsgesetz aller Quartiervereine gefordert. Eine Massnahme die den Verfassern des Prüfberichts (einer zugelassenen Revisionsstelle) sicher entgegenkäme, allerdings massive Kosten nach sich zieht. Rund 10% der jährlichen Beiträge müsste für Revisionsfinanzierung aufgewendet werden. Ebenso stellt sie einen schwerwiegenden Eingriff ins Schweizer Vereinswesen dar, wäre eine massive Ungleichbehandlung der Quartiervereine gegenüber anderen Organisationen und stellt die erspriessliche Zusammenarbeit zwischen Milizorganisationen und den städtischen Behörden in Frage.

Die Fraktionen von FDP, GLP, SVP und Mitte/EVP fordern, dass der Stadtrat von den einseitigen Forderungen absieht, die Arbeit mit der Quartierkonferenz wieder aufnimmt, sich zukünftig in der Kommunikation abstimmt und dass die Stadtentwicklung sich für die Stärkung der Freiwilligenarbeit einsetzt, statt diese zu bekämpfen.

2271. 2023/450**Erklärung der Grüne-Fraktion vom 20.09.2023:
Entschuldigung des Stadtrats an die Betroffenen von fürsorgerischen Zwangs-
massnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981**

Namens der Grüne-Fraktion verliest Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Entschuldigung des Stadtrats an die Betroffenen von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981

Das Unrecht und die Gewalt, von denen viele Menschen durch fürsorgerische Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor dem Jahr 1981 betroffen waren, sind massiv. Die Betroffenen leiden teilweise ihr Leben lang stark unter den Folgen. Auch die Stadtzürcher Fürsorgebehörden haben dazu beigetragen, dass Kinder und Jugendlichen als billige Arbeitskräfte ausgebeutet werden konnten, indem die Verantwortlichen sie in Heimen weggesperrt haben. Frauen und Männer, am Rande der Gesellschaft, kamen in Arbeitsanstalten oder wurden gegen ihren Willen in psychiatrische Kliniken eingewiesen. Weiter wurden Menschen, die nicht in das damalige Gesellschaftsbild passten, entmündigt und sterilisiert.

Es ist wichtig, dass dieses begangene Unrecht von der Stadt anerkannt wird. Die Stadt muss sich weiterhin mit der Geschichte auseinandersetzen, damit sich solche Ereignisse nie wiederholen.

Daher ist es erfreulich, dass die Stadt Zürich sich diesem düsteren Kapitel stellt und ausgehend von der Motion (GR NR 2021/350) nicht nur ein Projekt zur historischen Aufarbeitung der Rolle der Stadtzürcher Fürsorgebehörden (1930-1981) gestartet hat, sondern die Wichtigkeit erkennt, das Unrecht, das den Opfern von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 angetan wurde, anzuerkennen und Betroffene zu unterstützen. Der Solidaritätsbeitrag über CHF 25'000.- wird die psychischen und physischen Narben der Betroffenen nicht heilen – doch die Möglichkeit das Gesuch für den Solidaritätsbeitrag zu stellen, soll als Zeichen dienen, dass die Stadt das Unrecht anerkennt.

Genauso wichtig wie diese überfällige Entschuldigung ist jedoch, dass sich die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen. Am Samstag fand der Chef der Eidgenössischen Migrationskommission, Walter Leimgruber, im Tagesanzeiger für die Zustände bei der Unterbringung und Betreuung von geflüchteten Minderjährigen klare Worte: „Wir werden uns für unseren Umgang mit Kindern im Asylbereich entschuldigen.“ Die Vergangenheit scheint uns also auch in Zürich wieder einzuholen. Hier ist die Stadt jetzt gefordert, die nötigen Massnahmen zu ergreifen, dass in 30 Jahren nicht die nächste Entschuldigung fällig wird.

Die GRÜNEN setzen sich weiterhin und mit den zur Verfügung stehenden Mitteln dafür ein, dass alle Menschen in einer gleichgestellten, solidarischen und gerechten Gesellschaft leben können.

2272. 2023/451**Erklärung der SVP-Fraktion vom 20.09.2023:
Folgen der Erhöhung der Energiekosten**

Namens der SVP-Fraktion verliest Samuel Balsiger (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Stadtrat und Gemeinderat bestätigen:

Linke Politik führt ins Elend

Die Linken haben die gescheiterte Energiestrategie nur mittels einer Lüge dem Volk aufbinden können. Die damals zuständige linke Bundesrätin Doris Leuthard versprach hoch und heilig, dass die Mehrkosten marginal sein werden: «Sie können auf diese 40, 42 Franken vertrauen.» (Quelle: SRF, 21.05.2017). Die SVP hingegen warnte vor explodierenden Energiekosten. Mit der Energiekostenzulage bestätigen nun auch der linke Stadtrat und Gemeinderat die Befürchtungen der SVP.

Scheitert ein System, rufen viele nach Hilfe. Es ist tatsächlich ungerecht, dass der einfache Mittelstand wegen den Linken finanziell zermahlen wird. Die Krankenkassenprämien sind eine staatliche Zwangsabgabe und auch dieses Jahr droht wieder ein Prämien-Schock. Die damals zuständige SP-Bundesrätin Ruth Dreifuss versprach, dass die Prämien sinken würden. Unterdessen sind diese aber um 230 Prozent gestiegen. Je nach Zusammensetzung zahlt heute eine Familie jährlich zwischen 8000 bis 13'000 Franken oder gar mehr ein. Auch die Energiekosten explodieren aufgrund falscher staatlicher Eingriffe. Die Liste der hausgemachten Probleme durch linke Politik ist lang.

Linke Politik macht arm

Es klingt wie ein schlechter Witz: Der gleiche Stadtrat, der ohne Not überhastet aus der fossilen und atomaren Energie aussteigen will, zahlt nun mit der Energiekostenzulage pro Haushalt bis zu 1500 Franken oder mehr an die Gas- oder Öl-Rechnung. Auch bei den Mieten richtet die linke Politik ein Chaos sondergleichen an. Im letzten Jahr sind über 180'000 Personen zusätzlich in unser bereits dichtbesiedeltes Land eingewandert. Es ist keine Überraschung, dass durch diese Verknappung auf dem Wohnungsmarkt die Mieten massiv ansteigen. In der Stadt Zürich beträgt die Leerwohnungsziffer nur noch gerade 0,06 Prozent. Seit Einführung der Personenfreizügigkeit sind die Mieten in der Stadt Zürich um 25 Prozent in die Höhe geschossen.

Mieter kommen unter Druck

Auch die linke Klima-Politik ist gefährlich für den sozialen Frieden. Der Tages-Anzeiger schreibt am 29. September 2021:

«Mieterverband befürchtet Massenkündigungen in Zürich wegen Energiegesetz. Dass die Furcht vor Leerkündigungen nicht aus der Luft gegriffen ist, zeigt eine Studie des unabhängigen Forschungs- und Beratungsunternehmens Infras im Auftrag der Stadt.

Unter dem Titel «Netto null Treibhausgase in der Stadt Zürich: Auswirkungen auf Mieterinnen und Mieter» stellt die Studie fest, dass rund 80'000 private Mietwohnungen in der Stadt Zürich bis 2040 eine neue Heizanlage brauchen, wenn bis dann das Netto-null-Ziel erreicht sein soll. Bei rund der Hälfte dürfte es zu Leerkündigungen kommen, mit zum Teil «starken Mietzinserhöhungen», wie es in der Studie heisst.»

Durch die linke Klima-Politik drohen allein in der Stadt Zürich 40'000 Haushalten die Leerkündigung und markant höhere Mieten. Steigende Krankenkassenprämien, steigende Preise, steigende Mieten, steigende Energiekosten – der Mittelstand wird zermahlen. All diese Probleme sind hausgemacht und überall ist die Ursache eine linke Politik. Wer genug davon hat, wählt am 22. Oktober die Linken ab!

2273. 2023/444

Postulat der AL-Fraktion vom 18.09.2023:

Energiekostenzulage, einmalige Erstreckung der Frist für die Einreichung des Antrags

Dr. David Garcia Nuñez (AL) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese.

Der Rat wird über den Antrag am 27. September 2023 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

G e s c h ä f t e

2274. 2022/151

RPK, Wahl eines Mitglieds nach Rücktritt von Lisa Diggelmann (SP) für den Rest der Amtsdauer 2022–2026

Es wird gewählt:

Barbara Wiesmann (SP)

Mitteilung an den Stadtrat und an das gewählte Kommissionsmitglied

2275. 2023/223
Geschäftsleitung, Wahl eines Mitglieds nach Rücktritt von Dr. Davy Graf (SP) für den Rest des Amtsjahres 2023/2024

Es wird gewählt:

Lisa Diggelmann (SP)

Mitteilung an den Stadtrat und an das gewählte Kommissionsmitglied

2276. 2023/425
Weisung vom 06.09.2023:
Kultur, Tram-Museum Zürich, Beiträge 2024–2027

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 18. September 2023

2277. 2023/427
Postulat von Mischa Schiow (AL) und Michael Schmid (AL) vom 06.09.2023:
Quartierzentren gemäss kommunalem Richtplan, Verbesserung der Qualität als Orte des Aufenthalts und der Begegnung mit niederschweligen Massnahmen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Reto Brüesch (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

2278. 2023/323
Dringliches Postulat von Florian Utz (SP), Nicolas Cavalli (GLP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 28.06.2023:
Flughafen Zürich AG, Verzicht auf die Finanzierung von Parteien und Abstimmungskämpfen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Florian Utz (SP) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1992/2023)

Stefan Urech (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 12. Juli 2023 gestellten Ablehnungsantrag

Das Dringliche Postulat wird mit 83 gegen 31 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2279. 2022/447**Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Sebastian Zopfi (SVP) vom 14.09.2022:
Wirtschaftsförderung unter der Leitung von privatwirtschaftlichen Fachpersonen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Samuel Balsiger (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 629/2022)

Namens des Stadtrats nimmt stellvertretend für die Stadtpräsidentin der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 14 gegen 105 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Die Ratspräsidentin Sofia Karakostas (SP) gibt die Absetzung von TOP 8, GR Nr. 2022/473, «Postulat von Flurin Capaul (FDP) und Jehuda Spielman (FDP) vom 28.09.2022: Versand der Abstimmungsunterlagen, Reduktion des Umfangs mittels eines Opt-Out-Verfahrens» von der heutigen Tagliste bekannt.

Das Geschäft wird in einer nächsten Sitzung neu traktandiert.

2280. 2023/226**Weisung vom 10.05.2023:
Liegenschaften Stadt Zürich, Baugenossenschaft Im Gut, Erneuerung Wohnsiedlung Gutstrasse, Baufelder A und D, Gewährung Baurechte**

Antrag des Stadtrats

Die beiden folgenden Baurechtsverträge mit der Baugenossenschaft im Gut vom 7. Dezember 2022 werden genehmigt:

- a) Baurecht bezüglich Kat.-Nr. WD7876 (Baufeld A) mit einem provisorischen jährlichen Zins von Fr. 68 950.– und einer Dauer von 62 Jahren (Landesindex der Konsumentenpreise, Preisstand: Datum grundbuchlicher Vollzug). Die Abgabe im Baurecht beginnt mit dem Grundbucheintrag.
- b) Baurecht bezüglich Kat.-Nr. WD7972 (Baufeld D) mit einem provisorischen jährlichen Zins von Fr. 67 033.– und einer Dauer von 62 Jahren (Landesindex der Konsumentenpreise, Preisstand: Datum grundbuchlicher Vollzug). Die Abgabe im Baurecht beginnt mit dem Grundbucheintrag.

Referat zur Vorstellung der Weisung: Luca Maggi (Grüne), Präsidium

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Änderungsantrag 1

Die Mehrheit der SK FD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK FD beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

[...]

- a) Baurecht bezüglich Kat.-Nr. WD7876 (Baufeld A) mit einem provisorischen jährlichen Zins von Fr. ~~68 950.–~~ 579 390.– und einer Dauer von 62 Jahren (Landesindex der Konsumentenpreise, Preisstand: Datum grundbuchlicher Vollzug). Die Abgabe im Baurecht beginnt mit dem Grundbucheintrag.

[...]

Mehrheit: Referat: Luca Maggi (Grüne), Präsidium; Ivo Bieri (SP), Martin Busekros (Grüne), Nicolas Cavalli (GLP) i. V. von Selina Frey (GLP), Simon Diggelmann (SP), Anjushka Früh (SP), Benedikt Gerth (Die Mitte) i. V. von Christian Traber (Die Mitte), Patrik Maillard (AL), Patrick Tscherrig (SP) i. V. von Judith Boppart (SP)
 Minderheit: Referat: Martin Götzl (SVP); Hans Dellenbach (FDP), Anthony Goldstein (FDP)
 Abwesend: Serap Kahrman (GLP), Vizepräsidium

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 83 gegen 27 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsantrag 2

Die Mehrheit der SK FD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK FD beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

[...]

- b) Baurecht bezüglich Kat.-Nr. WD7972 (Baufeld D) mit einem provisorischen jährlichen Zins von Fr. ~~67 033.–~~ 475 560.– und einer Dauer von 62 Jahren (Landesindex der Konsumentenpreise, Preisstand: Datum grundbuchlicher Vollzug). Die Abgabe im Baurecht beginnt mit dem Grundbucheintrag.

Mehrheit: Referat: Luca Maggi (Grüne), Präsidium; Ivo Bieri (SP), Martin Busekros (Grüne), Nicolas Cavalli (GLP) i. V. von Selina Frey (GLP), Simon Diggelmann (SP), Anjushka Früh (SP), Benedikt Gerth (Die Mitte) i. V. von Christian Traber (Die Mitte), Patrik Maillard (AL), Patrick Tscherrig (SP) i. V. von Judith Boppart (SP)
 Minderheit: Referat: Martin Götzl (SVP); Hans Dellenbach (FDP), Anthony Goldstein (FDP)
 Abwesend: Serap Kahrman (GLP), Vizepräsidium

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 83 gegen 27 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK FD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK FD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Referat: Luca Maggi (Grüne), Präsidium; Ivo Bieri (SP), Martin Busekros (Grüne), Nicolas Cavalli (GLP) i. V. von Selina Frey (GLP), Simon Diggelmann (SP), Anjushka Früh (SP), Benedikt Gerth (Die Mitte) i. V. von Christian Traber (Die Mitte), Patrik Maillard (AL), Patrick Tscherrig (SP) i. V. von Judith Boppart (SP)
 Minderheit: Referat: Martin Götzl (SVP); Hans Dellenbach (FDP), Anthony Goldstein (FDP)
 Abwesend: Serap Kahrman (GLP), Vizepräsidium

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 29 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Die beiden folgenden Baurechtsverträge mit der Baugenossenschaft im Gut vom 7. Dezember 2022 werden genehmigt:

- a) Baurecht bezüglich Kat.-Nr. WD7876 (Baufeld A) mit einem provisorischen jährlichen Zins von Fr. 68 950.– und einer Dauer von 62 Jahren (Landesindex der Konsumentenpreise, Preisstand: Datum Grundbuchlicher Vollzug). Die Abgabe im Baurecht beginnt mit dem Grundbucheintrag.
- b) Baurecht bezüglich Kat.-Nr. WD7972 (Baufeld D) mit einem provisorischen jährlichen Zins von Fr. 67 033.– und einer Dauer von 62 Jahren (Landesindex der Konsumentenpreise, Preisstand: Datum Grundbuchlicher Vollzug). Die Abgabe im Baurecht beginnt mit dem Grundbucheintrag.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 27. September 2023 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 27. November 2023)

2281. 2023/235

Weisung vom 10.05.2023:

Finanzdepartement, Unfallversicherung Stadt Zürich (UVZ), Genehmigung von Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2022

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Geschäftsbericht mit Jahresrechnung 2022 der Unfallversicherung Stadt Zürich (UVZ) (Beilage) wird genehmigt.

Referat zur Vorstellung der Weisung: Lisa Diggelmann (SP)

Schlussabstimmung

Die RPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Referat: Lisa Diggelmann (SP); Florian Utz (SP), Präsidium; Felix Moser (Grüne), Vizepräsidium; Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Cathrine Pauli (FDP), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)
 Abwesend: Pärparim Avdili (FDP), Tiba Ponnuthurai (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 107 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Geschäftsbericht mit Jahresrechnung 2022 der Unfallversicherung Stadt Zürich (UVZ) (Beilage) wird genehmigt.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 27. September 2023 gemäss Art. 37 der Gemeindeordnung

2282. 2023/415

**Dringliches Postulat von Michele Romagnolo (SVP) und Samuel Balsiger (SVP) vom 30.08.2023:
Auflösung der offenen Drogenszene in der Bäckeranlage**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Dringlichen Postulats zur Prüfung ab.

Michele Romagnolo (SVP) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2183/2023)

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

David Ondraschek (Die Mitte) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie ~~umgehend~~ die offene Drogenszene in der Bäckeranlage umgehend polizeilich aufgelöst und die Drogensüchtigen betreut werden können, damit kein zweiter «Platzspitz» entstehen kann.

~~Wir müssen dafür sorgen, dass Zürich nicht nochmals einen solchen Albtraum erleben muss. Daher sollte der Stadtrat umgehend Massnahmen ergreifen:~~

- ~~1. Die Stadtpolizei anweisen, alle Drogenkonsumenten rigoros wegzuweisen und ihnen ein Rayonverbot zu erteilen.~~
- ~~2. Die Betäubungsmittel-Fahndung der Stadtpolizei muss die Bäckeranlage zu einem Schwerpunkt machen. Im Umfeld der Bäckeranlage soll es eine Null-Toleranz-Politik gegenüber Drogen geben.~~
3. Die Kontakt- und Anlaufstelle sowie andere sozialen Einrichtungen sollen gezielt auf die Drogenkonsumenten der Bäckeranlage zugehen und sie nach der Wegweisung adäquat betreuen.

Michele Romagnolo (SVP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Dringliche Postulat wird mit 54 gegen 63 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

2283. 2023/269

**Dringliche Interpellation von Islam Alijaj (SP), Dominik Waser (Grüne) und 1 Mitunterzeichnenden vom 31.05.2023:
Energiezentrale im ehemaligen Unterwerk Selnau, Prüfung alternativer Standorte, ganzheitliches Konzept für die Energiewende und eine lebenswerte Stadt, Beurteilung der bestehenden Angebote im Unterwerk und möglicher Planungsstopp sowie Zusammenarbeit mit der IG Selnau bei der Prüfung von Alternativen**

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Interpellation (STRB 2491 vom 6. September 2023).

Islam Alijaj (SP) nimmt Stellung.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

2284. 2023/444

Postulat der AL-Fraktion vom 18.09.2023: Energiekostenzulage, einmalige Erstreckung der Frist für die Einreichung des Antrags

Von der AL-Fraktion ist am 18. September 2023 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob er die Frist zur Einreichung des Antrages für eine Energiekostenzulage für das laufende Jahr 2023 einmalig erstrecken und weitere Massnahmen (z. B. Kulanz gegenüber fehlenden Dokumenten oder Reminder an die Bezugsberechtigten) durchführen kann, um damit einen möglichst hohen Rücklauf der Anträge zu erzielen.

Begründung:

Am 11.09.2023 haben rund 34'000 Städtzürcher Haushalte ein Antragsformular mit entsprechenden Informationen zum Bezug einer Energiekostenzulage erhalten. Formale Rahmenbedingungen liessen einen früheren Versand dieser Unterlagen nicht zu. Aufgrund der in der Verordnung zur Energiekostenzulage festgehaltenen Terminvorschriften von jeweils Ende September für den Anspruch auf eine Zulage bleibt den Angeschriebenen 2023 nur rund zwei Wochen Zeit, Antrag und nötige Unterlagen zu retournieren.

Wie verschiedene Bezugsberechtigte bereits bezeugen können, gestaltet sich die Anmeldung aus verschiedenen Gründen komplex, weshalb die breite Befürchtung besteht, dass viele Menschen, die an und für sich Anspruch auf diese Unterstützung hätten, aufgrund von zeitlich-formalen Gründen leer ausgehen. Damit würde die Zulage ihr ursprüngliches Ziel verfehlen.

Aufgrund dieser Startschwierigkeiten wäre es vertretbar, bei dieser erstmaligen Ausführung eine gesonderte Auslegung der Terminvorschriften durchzuführen und die festgelegte Frist nach hinten zu verschieben. Ferner könnte der Stadtrat darauf hinwirken, dass dem Fehlen einzelner Dokumente mit der nötigen Kulanz begegnet wird. Das Amt für Zusatzleistungen (AZL) ist sich der genannten Problematik bereits bewusst und weist deshalb hinsichtlich einzelner Formulare (IPV-Bezugsbestätigung und Nebenkostenabrechnung) im Internet-Formular explizit darauf hin, dass diese nur «falls vorhanden» einzureichen sind. Zudem sind seitens des AZL weitere Massnahmen wie zum Beispiel das Senden eines Reminders in Betracht zu ziehen.

In Kombination mit einer einmaligen Erstreckung der Frist könnten diese Massnahmen für eine hohe Anmeldequote sorgen, so dass die beschlossene Massnahme ihre volle Wirkung entfalten könnte.

Mitteilung an den Stadtrat

2285. 2023/452

Postulat der SP-, SVP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 20.09.2023: Verzicht auf die vorgesehene Erhöhung der Taxen in den Gesundheitszentren für das Alter

Von der SP-, SVP-, Grüne- und AL-Fraktion ist am 20. September 2023 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er auf die vorgesehene Erhöhung der Taxen in den Gesundheitszentren für das Alter verzichten kann.

Begründung:

Der Stadtrat hat mit der neuen Taxregelung per 1. Januar 2024 eine deutliche Erhöhung der Gebühren in den Gesundheitszentren für das Alter beschlossen; im Durchschnitt steigen die jährlichen Gebühren um Fr. 6'205.–, für manche Betroffene auch um weiter über Fr. 10'000.–. Eine solche massive Erhöhung trifft die Betroffenen hart; gerade für Personen aus dem unteren und auch dem mittleren Mittelstand ist eine solche finanzielle Mehrbelastung enorm.

Viele Menschen, die heute in den Gesundheitszentren leben, haben jahrzehntelang hart gearbeitet und dadurch zum (auch finanziellen) Erfolg der Stadt Zürich beigetragen. Es ist nicht einzusehen, weshalb diese Menschen im Alter nicht auch am Erfolg unserer Stadt partizipieren dürfen, sondern im Gegenteil mit einer massiven Gebührenerhöhung konfrontiert werden sollten. Die unterzeichnenden Parteien lehnen deshalb die vorgesehene Gebührenerhöhung ab und fordern den Stadtrat auf, auf diese zu verzichten.

Dies heisst natürlich nicht, dass sich die unterzeichnenden Parteien Änderungen grundsätzlich verschliessen. Im Gegenteil begrüssen sie einige Elemente der neuen Taxregelung. Dementsprechend ist es für die Postulantinnen durchaus denkbar, dass die neue Taxregelung – sei es per 1. Januar 2024 durch den Stadtrat, sei es infolge der Umsetzung der parlamentarischen Initiative zur Kompetenzverschiebung durch eine gemeinderätliche Verordnung – grundsätzlich eingeführt, die Tarife aber so festgelegt werden, dass die Einnahmen insgesamt gleich hoch sind wie heute. Dadurch liessen sich gute Elemente der neuen Taxordnung übernehmen, ohne die Bewohnerinnen und Bewohner mit generellen Gebührenerhöhungen zu belasten.

Selbstverständlich kann man mittelfristig auch weitergehende Reformen bei der Finanzierung der Gesundheitszentren prüfen. Die vom Stadtrat angedachte Gebührenerhöhung bringt aber weder Reformen noch enthält sie sonstwie innovative Ansätze; im Gegenteil führt sie einzig und allein zu einer massiv höheren finanziellen Belastung der betroffenen Seniorinnen und Senioren.

Mitteilung an den Stadtrat

2286. 2023/453

Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Walter Anken (SVP) vom 20.09.2023: Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich (SAW), Verzicht auf den elektronischen Bewerbungsprozess für Alterswohnungen

Von Samuel Balsiger (SVP) und Walter Anken (SVP) ist am 20. September 2023 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie bei der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich (SAW) dauerhaft auf den elektronischen Bewerbungsprozess mittels Zufallsgenerator für Alterswohnungen verzichtet werden kann. Die bestehende Warteliste soll bleiben.

Begründung:

Im Mai 2021 informierte der Stadtrat über 4'000 Personen auf der Warteliste für eine Alterswohnung, dass diese Warteliste per 1. Oktober 2021 aufgehoben werde. Die älteren Mitbürger, die oft zeitlebens nichts mit Computern zu tun hatten, sollten sich plötzlich nur noch online für eine Alterswohnung anmelden können. Zudem hätte der Zufallsgenerator die Wohnungen zugeteilt.

Die Empörung bei den betroffenen Bürgern und unter fast allen Parteien im Gemeinderat war gross. Unter diesem Druck sistierte der Stadtrat die Aufhebung der Warteliste bis 2024. Am Umstand, dass der elektronische Bewerbungsprozess für Senioren ungeeignet und der Zufallsgenerator willkürlich ist, hat sich bis heute nichts geändert. Deshalb soll die aktuelle Warteliste der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich (SAW) nicht aufgehoben werden.

Mitteilung an den Stadtrat

2287. 2023/454

Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Walter Anken (SVP) vom 20.09.2023: Dauerhafte Nutzung des Gesundheitszentrums für das Alter Oberstrass für Alterswohnungen

Von Samuel Balsiger (SVP) und Walter Anken (SVP) ist am 20. September 2023 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie das «Gesundheitszentrum für das Alter Oberstrass» dauerhaft für Alterswohnungen umgesetzt werden kann. Auf eine stationäre Wohnintegration für Randständige soll an diesem Standort verzichtet werden.

Begründung:

Für Alterswohnungen besteht eine lange Warteliste, auf der sich bereits heute über 4'000 ältere Mitbürger eingetragen haben. Viele werden einen Einzug leider nie erleben. Gemäss offizieller Prognose werden bis im Jahr 2045 zusätzlich über 32'000 Personen im Alter über 60 Jahren in der Stadt Zürich eine Wohnung suchen. Das sind über 40 Prozent mehr als heute. Wir stehen vor einer schwerwiegenden Krise.

Um den Bewohnern einen bedürfnisgerechten Wohnort zu bieten, zieht das «Alterszentrum Oberstrass» noch dieses Jahr ins neu erbaute «Gesundheitszentrum für das Alter Eichrain» in Seebach. Es ist somit unverständlich, warum der Stadtrat das «Gesundheitszentrum für das Alter Oberstrass» temporär für Randständige und nicht dauerhaft für Alterswohnungen nutzen will. Im Sinne der Altersstrategie 2035 soll ein Ersatzneubau oder eine Sanierung des bestehenden Gebäudes geprüft und Alterswohnungen erstellt werden.

Mitteilung an den Stadtrat

2288. 2023/455

Parlamentarische Initiative der SP-, SVP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 20.09.2023: Festlegung der Taxen in den Alterszentren durch den Gemeinderat, Änderung der Verordnung über städtische Einrichtungen für ältere unterstützungsbedürftige oder pflegebedürftige Personen (VsEP)

Von der SP-, SVP-, Grüne- und AL-Fraktion ist am 20. September 2023 folgende Parlamentarische Initiative eingereicht worden:

Art. 16 der Verordnung über städtische Einrichtungen für ältere unterstützungsbedürftige oder pflegebedürftige Personen (VsEP) wird wie folgt geändert:

„Der Gemeinderat legt die Taxen gemäss den in den Art. 8–15 festgelegten Grundsätzen in einer Verordnung fest.“

Begründung:

Für die Festlegung der Gebühren von städtischen Dienstabteilungen ist grundsätzlich der Gemeinderat zuständig (Art. 54 Abs. 2 lit. g GO). In der aktuellen Version der Verordnung über städtische Einrichtungen für ältere unterstützungsbedürftige oder pflegebedürftige Personen (VsEP) ist diese Kompetenz jedoch in Art. 16 an den Stadtrat delegiert.

Gestützt auf diese Delegation hat der Stadtrat nun entschieden, dass die Gebühren in den Alterszentren um durchschnittlich Fr. 6'205.– pro Person und Jahr erhöht werden sollen. Solch massive Erhöhungen ohne Mitsprache des Gemeinderates sind aber nur schwer vereinbar mit den Vorgaben der Städtzürcher Gemeindeordnung, wonach der Gemeinderat „die wesentlichen Bestimmungen“ über „Gebühren in wesentlicher Höhe“ erlässt (Art. 54 Abs. 2 lit. g GO), wohingegen der Stadtrat bloss für die Feinjustierung zuständig sein soll. Schliesslich handelt es sich bei einer Erhöhung um Fr. 6'205.– mitnichten um eine Feinjustierung, sondern vielmehr um eine wesentliche Änderung.

Der Gemeinderat (und über ein allfälliges Referendum auch das Volk) entscheidet heute etwa über die Gebühren für Kehrichtsäcke, Abwasser oder Parkplätze. Das soll auch weiterhin so bleiben. Nicht einzusehen ist aber, weshalb ausgerechnet dann keine demokratische Mitsprache bestehen soll, wenn es nicht um vergleichsweise geringfügige Gebühren geht, sondern alleine die vorgesehene Erhöhung Tausende von Franken ausmacht.

Für viele der Betroffenen ist die massive Gebührenerhöhung mit grossen Härten verbunden; gerade für Menschen aus dem unteren und auch aus dem mittleren Mittelstand spielt es eine grosse Rolle, ob sie pro Jahr plötzlich Fr. 6'205.– weniger zur Verfügung haben. Die unterzeichnenden Parteien halten eine solche massive Mehrbelastung der betroffenen Menschen nicht für den richtigen Weg. Selbstverständlich kann man hier unterschiedlicher Meinung sein. So oder so ist die Frage für die Betroffenen aber so wichtig, dass sie dem demokratischen Prozess nicht entzogen sein darf.

Mitteilung an den Stadtrat

2289. 2023/456**Interpellation von Derek Richter (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 20.09.2023: Verstellen von Parkplätzen in der blauen Zone an der Brahmstrasse im Rahmen einer Aktion des Vereins umverkehR, Hintergründe zur Bewilligung der Aktion, Wertung als Veranstaltung, Information der Öffentlichkeit und erhobene Gebühren sowie künftige Bewilligungspraxis für solche Aktionen**

Von Derek Richter (SVP) und Stephan Iten (SVP) ist am 20. September 2023 folgende Interpellation eingereicht worden:

In der Brahmstrasse wurde Ende August ein grosser Teil der blauen Zone Parkplätze durch mehrere, nicht immatrikulierte Anhänger verstellt.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Hatte der Stadtrat im Vorfeld Kenntnis von dieser Aktion des Vereins umverkehR und hat er diese Aktion bewilligt? Wenn ja, wurden die Bewilligungen regelkonform durch den Kreischef erteilt? Wir bitten um Stellungnahme des zuständigen Kreischefs. Wenn nicht, inwieweit waren die Vorsteherinnen des Sicherheitsdepartements und des Tiefbauamtes (war Stadträtin Brander ehemals Mitglied von umverkehR) an der Bewilligungserteilung beteiligt?
2. Falls die Frage 1 betreffend Bewilligung positiv beantwortet wurde, auf welche rechtliche Grundlage stützt sich diese Bewilligung?
3. Diese Aktion wurde als Veranstaltung bezeichnet. Inwiefern ist das Parkieren von Anhängern auf Parkplätzen eine Veranstaltung? Wie lautet die Definition der Stadt Zürich für «Veranstaltungen»?
4. Aufgrund welcher rechtlichen Grundlagen wurde die Bewilligung zum Abstellen der Gefährte auf Rädern mit Sitzplätzen auf öffentlichen blauen Parkplätzen erteilt, obwohl diese über keine Immatrikulation verfügen?
5. Wäre es aus Sicht des Stadtrates nicht sinnvoller gewesen, diese Anhänger mit Pflanzen an Orten mit wenig Begrünung, wie zum Beispiel auf dem Sechseläuten-, Hardplatz, oder Münsterhof zu bewilligen?
6. Wieviel Zeit verging von der Kenntnisnahme bis zur Ausstellung der Bewilligung?
7. Wurden die Anrainer sowie die Öffentlichkeit beziehungsweise die Kunden der Anwohnerparkkarten im Vorfeld informiert? Wenn ja, wie viele Tage im Voraus erfolgte die Information? Falls nein, weshalb nicht? Welche gesetzliche Mindestfrist gilt es bei einer solchen Sperrung zu berücksichtigen?
8. Wurde für diese Aktion eine Gebühr erhoben? Falls ja, wie hoch war diese Gebühr und falls keine erhoben wurde, weshalb nicht?
9. In welchem zeitlichen Rahmen spielte sich diese Aktion ab, beziehungsweise für wie lange wurde diese Bewilligung erteilt?
10. Welche Gebühren haben Privatpersonen und/oder Firmen zu entrichten, wenn diese zum Beispiel Baumaterialien, Baumaschinen, Zügelwagen oder ähnliches für eine vergleichbare Fläche und eine gleich lange Zeit benötigen?
11. Wurden durch Anrainer und/oder Parkkarten-Kunden Meldungen an die Stadt Zürich gesendet? Wenn ja, wie viele und in welcher Art? Wie viele waren zustimmend und wie viele ablehnend?
12. Werden die Kunden der Anwohnerparkkarten für ihren Mehraufwand bei der Parkplatzsuche entschädigt? Falls nein, weshalb nicht?
13. Resultierte mit dieser Aktion aus Sicht des Stadtrates für die Natur und die «Netto-Null»-Strategie der Stadt Zürich ein positives oder ein negatives Ergebnis? Welche weiteren Erkenntnisse zieht der Stadtrat aus dieser Aktion?
14. Sind Stand heute weitere solche Aktionen auf Parkplätzen bewilligt worden?
15. Gedenkt der Stadtrat weitere solche Aktionen zu bewilligen? Wenn ja, welche und weshalb?

Mitteilung an den Stadtrat

Die vier Postulate, die Parlamentarische Initiative und die Interpellation werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

2290. 2023/457**Schriftliche Anfrage von Samuel Balsiger (SVP) und Walter Anken (SVP) vom 20.09.2023:****Warteliste der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich (SAW), Angaben zur Länge der Warteliste und zur Information der Interessierten über freiwerdende Wohnungen, Zeitplan für die Aufhebung der Liste sowie Information der Bevölkerung über die Einführung des elektronischen Bewerbungsprozesses**

Von Samuel Balsiger (SVP) und Walter Anken (SVP) ist am 20. September 2023 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich (SAW) führt eine Warteliste für Alterswohnungen. Im Mai vor zwei Jahren informierte der Stadtrat über 4'000 Personen, dass diese Warteliste per 1. Oktober 2021 aufgehoben werde. Die älteren Mitbürger, die oft zeitlebens nichts mit Computern zu tun hatten, sollten sich plötzlich nur noch online für eine Alterswohnung anmelden können. Zudem hätte der Zufallsgenerator die Wohnungen verlost.

Die Empörung bei den betroffenen Bürgern und unter fast allen Parteien im Gemeinderat war gross. Unter diesem Druck sistierte der Stadtrat die Aufhebung der Warteliste bis Mitte 2024. Am Umstand, dass der elektronische Bewerbungsprozess für Senioren ungeeignet und der Zufallsgenerator willkürlich ist, hat sich bis heute nichts geändert.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele Personen sind nun auf der Warteliste?
2. Welches sind die Quartiere, in welchen sich am meisten Personen auf der Warteliste befinden?
3. Wie werden die jetzigen Mietinteressenten auf der Warteliste über freiwerdende Wohnungen informiert?
4. Welcher Zeitplan besteht, um die mögliche Aufhebung der Warteliste und die Einführung des elektronischen Bewerbungsprozesses der Öffentlichkeit bekannt zu machen und was für Übergangsfristen wird es dieses Mal geben? Die Sistierung läuft Mitte 2024 aus.
5. Sind verwaltungsintern bereits Vorkehrungen getroffen worden, um die Öffentlichkeit über die mögliche Aufhebung der Warteliste und die Einführung des elektronischen Bewerbungsprozesses zu informieren? Falls ja, welche im Detail?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

2291. 2022/164**Wahl eines Mitglieds in die Redaktionskommission nach Rücktritt von Dr. Florian Blättler (SP) für den Rest der Amtsdauer 2022–2024**

Es wird gewählt (Beschluss der Geschäftsleitung vom 18. September 2023):

Matthias Renggli (SP)

Mitteilung an den Stadtrat und an das gewählte Kommissionsmitglied

2292. 2023/311

Dringliche Schriftliche Anfrage der AL-, SP- und Grüne-Fraktion vom 21.06.2023: Polizeieinsatz am feministischen Streiktag auf dem Paradeplatz, Anordnung des Einsatzes und Beurteilung der Verhältnismässigkeit, Evaluierung des Polizeieinsatzes, Ahndung eines allfälligen Fehlverhaltens und mögliche Verwendung der Videoaufnahmen zu Schulungszwecken sowie Beurteilung der Kommunikation und Bewirtschaftung der Social-Media-Kanäle

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 2488 vom 6. September 2023).

2293. 2023/312

Dringliche Schriftliche Anfrage von Lisa Diggelmann (SP), Pascal Lamprecht (SP) und 30 Mitunterzeichnenden vom 21.06.2023:

Anstieg Referenzzinssatz, betroffene Mietverträge in der Stadt, Entwicklung der jährlichen Wohnzuschüsse im Rahmen der wirtschaftlichen Sozialhilfe, Gründe für bekannte missbräuchliche Mietzinserhöhungen und Haltung zu einer periodischen Mietzinskontrolle sowie vom Bund erwartete Massnahmen zur Dämpfung der Mietzinserhöhungen

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 2483 vom 6. September 2023).

2294. 2023/331

Dringliche Schriftliche Anfrage der AL-, SP- und Grüne-Fraktion vom 28.06.2023: Störaktion am antikapitalistischen Christopher Street Day Zürich, Sicherheitskonzept der Stadtpolizei für den Schutz von queeren Menschen bei Veranstaltungen, ergriffene Vorsichtsmassnahmen für die Demonstration, Haltung zur Botschaft auf dem Transparent sowie Einschätzung des Gewaltpotenzials von rechtsradikalen, faschistischen Gruppierungen im Raum Zürich und spezifisch der «Jungen Tat»

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 2487 vom 6. September 2023).

2295. 2023/248

Schriftliche Anfrage von Martin Götzl (SVP) und Patrick Tscherrig (SP) vom 24.05.2023:

Erhalt der Tennisinfrastruktur beim Neubau des Sportzentrums Oerlikon, Gründe für die Streichung der Tennisplätze am Riedgraben, Möglichkeiten für einen Erhalt der Plätze und Optionen für eine Bereitstellung an einem alternativen Standort sowie Strategie für wintertaugliche Tennisanlagen

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 2493 vom 6. September 2023).

2296. 2023/249

Schriftliche Anfrage von Jürg Rauser (Grüne) und Hans Dellenbach (FDP) vom 24.05.2023:

Nachhaltigkeitsstrategie der Pensionskasse der Stadt Zürich, Beurteilung der Ziele vor dem Hintergrund des städtischen Klimaziels, Auswahl der Mitglieder des Stiftungsrats und Kriterien zur Wirkungsmessung der Investitionen sowie Berücksichtigung der Auswirkungen der Investitionen auf weitere Themen wie Biodiversität, Soziales oder Finanzierung autokratischer Regimes

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 2486 vom 6. September 2023).

2297. 2023/288

Schriftliche Anfrage von Tanja Maag Sturzenegger (AL) und Judith Boppert (SP) vom 07.06.2023:

Arbeitsausfälle wegen psychischer Erkrankungen, Zahlen zur Situation in der städtischen Verwaltung, Massnahmen gegen die Stigmatisierung und für ein gutes Führungsklima, Kompetenzentwicklung der Führungspersonen und Interventionsmöglichkeiten sowie Massnahmen zur Integration psychisch erkrankter Personen in den Arbeitsprozess

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 2606 vom 13. September 2023).

2298. 2023/289

Schriftliche Anfrage von Sibylle Kauer (Grüne) und Jürg Rauser (Grüne) vom 07.06.2023:

Nachhaltige Nutzung von Holzenergie, Betrachtung der energetischen und stofflichen Nutzung von Holz, Strategie betreffend Holzbauweise, geplante Holzenergieanlagen, Nutzung von Albfällholz als Energieholz und Beschaffung des Holzbrennstoffs sowie Potenzial zur Abscheidung und Einlagerung von CO₂ bei der Holzenergienutzung

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 2490 vom 6. September 2023).

2299. 2023/297

Schriftliche Anfrage von Patrick Hässig (GLP) und Christine Huber (GLP) vom 14.06.2023:

Realisierung des Fussballstadions Hardturm, Folgen der Uferschutzinitiative auf das Bauprojekt, Einschätzung der demokratiepolitischen Probleme und Austausch mit dem Initiativkomitee sowie mögliche Massnahmen zur Sicherstellung des Projekts

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 2481 vom 6. September 2023).

2300. 2023/32**Weisung vom 25.01.2023:****Immobilien Stadt Zürich, Erweiterung Schulanlage Brunnenhof, Projektierungs-
kredit**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 5. Juli 2023 ist am 11. September 2023 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 27. September 2023.

2301. 2023/104**Weisung vom 08.03.2023:****Umwelt- und Gesundheitsschutz Zürich und Stadtentwicklung, Förderprogramm
KlimUp, Pilotprojekt, neue einmalige Ausgaben, Bericht, Abschreibung von zwei
Motionen und zwei Postulaten**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 5. Juli 2023 ist am 11. September 2023 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 27. September 2023.

Nächste Sitzung: 27. September 2023, 17.00 Uhr